Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 65 (1986)

Heft: 9

Vorwort: Nach Tschernobyl : der Ausstieg

Autor: Maissen, Toya

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nach Tschernobyl: Der Ausstieg

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat im Juni mit 568 gegen 28 Stimmen beschlossen, eine Initiative für den Ausstieg aus der Atomenergie zu lancieren. Dabei handelt es sich um die dritte Atominitiative, die dem Volk Abstimmung vorgelegt wird. Der Parteitagsbeschluss ist von verschiedenen Seiten her kritisiert, zum Teil absichtlich zum Teil unbewusst missverstanden worden. Namentlich einige Exponenten der äusserst heterogen zusammengesetzten Anti-Atombewegung scharfe Kritik. Dazu gehören auch die Anhänger einer sogenannten Moratoriumsinitiative. Die Elektrowirtschaft hoffte natürlich, dass eine Moratoriumsinitiative lanciert würde, weil sie nur so weiterhin ungehindert Sachzwänge produzieren kann, immer unter dem Vorwand, das Volk habe sich zweimal bereits an der Urne für die Atomenergie ausgesprochen. Eine Moratoriumsinitiative würde die Diskussion um weitere nukleartechnische Anlagen (auch jene um Brüter-und Fusionsenergie) um zehn Jahre verschieben. In den vergangenen mehr als zehn Jahren des faktischen Moratoriums für ein neues Atomkraftwerk ist die schweizerische Energiepolitik um keinen Zentimeter vom verhängnisvollen nuklearen Weg abgewichen. Das Ende dieses faktischen Moratoriums war die Rahmenbewilligung für das Atomkraftwerk Kaiseraugst.

Der Ausstieg aus der Atomenergie hat eine ganz andere Dimension. Der Ausstieg heisst: Die Schweiz braucht eine neue Energiepolitik. Bundesrat, Parlament, Elektrizitätswirtschaft und Anverwandte waren bisher nicht gewillt oder in der Lage, hier innovatives Denken zu entwickeln. Sie haben uns immer tiefer in den atomaren Sachzwang vestrickt. Deshalb heisst der Ausstieg aus der Atomenergie auch Einstieg in eine neue Energiepolitik. Zum Beispiel: Energie in Anlagen produzieren, die dem Menschen zugestehen, das zu machen, was er immer schon gemacht hat: nämlich Fehler, die sich nicht gleich tödlich auswirken. Der Ausstieg aus der Atomenergie muss mehr heissen als einfach Kaiseraugst verhindern. Der Ausstieg heisst härteste politische Knochenarbeit im gesammelten Energie- und Umweltbereich. Es genügt einfach nicht mehr, nur über den Strom aus Atomkraftwerken zu lamentieren. wenn wir uns nicht ebenso leidenschaftlich mit der Erdölmisere auseinandersetzen. Wer die Reduktion des Erdölverbrauchs nicht ebenso wichtig nimmt, wie die Gefahren aus den Atomkraftwerken, hat nicht begriffen, was die (umweltzerstörende) Stunde geschlagen hat.

Wir brauchen ein Energiesparprogramm, das alle Energieträger einschliesst. Wir brauchen ein Forschungsprogramm, das die Atomenergie nicht mehr berücksichtigt und die anderen Energieträger endlich zum Zuge kommen lässt.

Die Moratoriums-Idee, die taktisch einiges für sich haben mag, verhindert und lähmt eine neue Energiepolitik. Es braucht mehr Druck, wenn wir Spielraum für eine neue Energiepolitik bekommen wollen. Und diesen Spielraum nehmen wir uns mit dieser Ausstiegsinitiative. In einem Brief der POCH-Frauen nach einer Diskussionswoche, unterzeichnet von 155 Frauen, darunter auch 15 Sozialdemokratinnen, wird SPS vorgeworfen, dass SPS-Parteiführung im Alleingang eine Initiative beschlossen habe. Es sei nicht «die Aufgabe oder gar Kompetenz von selbsternannten politischen Familienvätern, für die Bewegung und uns Frauen zu entscheiden». Dazu ist zu bemerken, dass der Parteitag der SPS die Lancierung der Initiative auf Antrag der Zürcher Genossinnen und Genossen (die iherseits von zahlreichen AKW-Organisationen unterstützt wurden) entschieden hat. Dass die Parteiführung solche Anträge vorzubereiten hat, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Ausstiegsinitiative wurde von der SP-Basis gefordert und beschlossen. Auch an dieser Basis gibt es sehr viele Frauen.

Der Ausstieg aus der Atomenergie wird nicht nur die Partei, sondern auch die «Rote Revue» in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen. Zum Einstieg in den Ausstieg lässt uns Patrick Tschudin einen Blick hinter die Kulissen der «nuklearen Internationalen» tun. Er hat sich im Juni an ihrem Kongress in Genf umgehört. Das Resultat: die politische Knochenarbeit wird sehr aufwendig sein, wenn man es mit so einem Klub zu tun hat.

Toya Maissen